



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR UND INFRASTRUKTUR

Ministerium für Verkehr und Infrastruktur
Postfach 103452 • 70029 Stuttgart

(Per E-Mail)
Regierungspräsidien
Stuttgart, Karlsruhe,
Freiburg, Tübingen
Abt. 4 – Straßenwesen und Verkehr
Abt. 5 – Umwelt

Stuttgart 08.07.2015
Name Sabine Attermeyer
Durchwahl 5681
E-Mail Sabine.Attermeyer@mvi.bwl.de
Aktenzeichen 5-8880.05/1
(Bitte bei Antwort angeben!)

Regierungspräsidium Tübingen
Abt. 9 – Landesstelle für Straßentechnik

Nachrichtlich

Ministerium für Umwelt, Klima und Energie-
wirtschaft Baden-Württemberg
Abt. 5 – Wasser und Boden

Ministerium für Ländlichen Raum und
Verbraucherschutz Baden-Württemberg
Abt. 6 – Naturschutz und Tourismus

Landkreistag Baden-Württemberg
Städtetag Baden-Württemberg
Gemeindetag Baden-Württemberg
Rechnungshof Baden-Württemberg

Landesnatschutzverband Baden-Württemberg e. V.
BUND Landesverband Baden-Württemberg
NABU Baden-Württemberg

 Arbeitshilfe "Das Schutzgut Boden in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung"

Anlagen

Arbeitshilfe "Das Schutzgut Boden in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung"
(Stand: 12/2012)

Die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg hat im Dezember 2012 eine überarbeitete Fassung der Arbeitshilfe „Das Schutzgut Boden in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung“ herausgegeben. Zu diesem Zeitpunkt befand sich der Entwurf der Verordnung über die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft (Bundeskompensationsverordnung – BKompV) des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit in der Länder- und Verbändeanhörung. Es war nicht bekannt, wie die Naturgüter Boden und Wasser im Verordnungsentwurf endgültig behandelt werden. Im Juli 2013 wurde der Entwurf der Bundeskompensationsverordnung durch den Bundesrat abgelehnt.

Ende 2013 / Anfang 2014 zeichnete sich zudem die Fertigstellung des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) mit dem Titel „Bewertung von Bodenfunktionen im Rahmen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung bei Straßenbauvorhaben“ (im Folgenden: F+E-Vorhaben BOSTRA) ab. Der Endbericht des F+E-Vorhabens BOSTRA liegt zwischenzeitlich vor. Die Prüfung des Forschungsberichts kam zum Ergebnis, dass das im F+E-Vorhaben BOSTRA entwickelte Bewertungsverfahren für das Naturgut Boden wichtige Aspekte enthält, die bei der Bewertung des Naturguts Boden in Ergänzung zur Arbeitshilfe „Das Schutzgut Boden in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung“ (im Folgenden: Arbeitshilfe Schutzgut Boden, s. Anlage) berücksichtigt werden sollten. Die Freigabe der Veröffentlichung des F+E-Vorhabens BOSTRA durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur ist noch nicht erfolgt. Das MVI behält sich daher vor, Ergänzungen bzw. Änderungen an vorliegendem Schreiben vorzunehmen, sobald die Veröffentlichung und ggf. auch ein Praxistest des F+E-Vorhabens BOSTRA erfolgt ist.

Bis dahin wird gebeten, die Arbeitshilfe Schutzgut Boden im Bereich der Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes und der Landesstraßen in der Baulast des Landes ab sofort bei neu zu beauftragenden landschaftspflegerischen Begleitplänen anzuwenden.

Im Interesse einer einheitlichen Handhabung wird den kommunalen Baulastträgern empfohlen, bei der Planung von Straßen in deren Zuständigkeit ebenfalls die Arbeitshilfe Schutzgut Boden anzuwenden.

Die Regierungspräsidien werden gebeten, die Landratsämter und Stadtkreise als untere Verwaltungsbehörden zu informieren.

Zur Anwendung der o. g. Verfahren geben wir folgende ergänzende Hinweise:

1. Nach § 13 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) sind Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft vorrangig zu vermeiden und die nach Berücksichtigung von Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen verbleibenden erheblichen Beeinträchtigungen zu kompensieren. Dieser Grundsatz bleibt unberührt.
2. Wie in den Richtlinien für die landschaftspflegerische Begleitplanung im Straßenbau (RLBP) dargelegt, sind lediglich die in der Planungsraumanalyse als planungsrelevant identifizierten Funktionen und Strukturen vertieft zu bearbeiten. Die anschließende Maßnahmenkonzeption soll sich an den vorrangig wiederherzustellenden Funktionen und Strukturen orientieren.
3. Es gibt keine rechtliche Verpflichtung, ein bestimmtes Bewertungsverfahren in der Eingriffsregelung anzuwenden. Das angewandte Bewertungsverfahren muss jedoch naturschutzfachlich vertretbar sein. Den Regierungspräsidien wird freigestellt, für die Bewertung von Eingriff und Kompensation etwa die Bewertungsregelungen der Verordnung des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr über die Anerkennung und Anrechnung vorzeitig durchgeführter Maßnahmen zur Kompensation von Eingriffsfolgen (Ökokonto-Verordnung - ÖKVO) anzuwenden.

Eine Verpflichtung zur Anwendung der Bewertungsregelungen der ÖKVO besteht jedoch in all den Fällen, bei denen zukünftig Ökokontomaßnahmen oder Ökopunkte zur Eingriffskompensation eingesetzt werden sollen. Um Verzögerungen in Planungsverfahren zu vermeiden, wird daher empfohlen, die Bewertung von Eingriff und Kompensation für die Straßenbauvorhaben, bei denen mit hoher Wahrscheinlichkeit auf Ökokontomaßnahmen zurückgegriffen wird, nach den Bewertungsregelungen der ÖKVO durchzuführen.
4. Ein rechnerisches Bewertungsverfahren, wie beispielsweise das Berechnungsverfahren der Arbeitshilfe Schutzgut Boden, ersetzt in der Regel nicht die darüber hinaus erforderliche naturschutzfachliche, verbal-argumentative Auseinandersetzung mit den Funktionen und Strukturen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes. Die Festlegung der angemessenen Art der Kompensationsmaßnahmen bleibt – ebenso wie die Berücksichtigung funktionaler oder regionaler Besonderheiten und die abschließende Gesamtkonzeption der Maßnahmen – einer fundierten, landschaftsplanerischen Ausarbeitung vorbehalten. Folgerichtig erlauben auch die RLBP lediglich die zusätzliche Anwendung rechnerischer Verfahren,

um den funktionalen Planungsansatz zu ergänzen. Die RLBP bleiben daher von diesem Schreiben unberührt.

5. Zur Eingriffskompensation sind nach Möglichkeit multifunktionale Maßnahmen zu verwenden. Eine Maßnahme kann und sollte zu Aufwertungen bei mehreren Naturgütern führen, die dann auch in der Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung entsprechend berücksichtigt werden. Unabhängig davon sind bei der Maßnahmenplanung in erster Priorität die strengen Anforderungen zu erfüllen, die sich aus dem Arten- und Gebietsschutz ergeben können.
6. Gemäß dem Leitsatz des Beschlusses des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) vom 28.01.2009 (7 B 45.08) können Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für anderweit zugelassene Eingriffe in Natur und Landschaft nach § 19 Abs. 2 BNatSchG (= § 8 Abs. 3 BNatSchG a. F.) ihrerseits selbst Eingriffe in Natur und Landschaft im Sinne des § 18 Abs. 1 BNatSchG (= § 8 Abs. 1 BNatSchG a. F.) darstellen. „Wegen eines naturschutznäheren Endziels kann die Behörde Maßnahmen ergreifen, die zunächst eine Beeinträchtigung des bestehenden naturhaften Zustands darstellen. Erweist sich die Maßnahme in der naturschutzfachlichen Gesamtbilanz als günstig, stellt sie also insbesondere eine wesentliche Verbesserung des bestehenden Zustandes dar, bedarf der mit der Maßnahme zunächst bewirkte Eingriff keiner weiteren Kompensation durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Die an sich erforderliche Kompensation geht in die ökologische Gesamtbilanz regelmäßig ein. Weist diese Gesamtbilanz keine Verbesserung der in Anspruch genommenen Fläche aus, hat die Ausgleichsmaßnahme und damit der mit ihr verbundene Eingriff regelmäßig zu unterbleiben. Dies entspricht der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (Gerichtsbescheid vom 10. September 1998 BVerwG 4 A 35.97 NVwZ 1999, 532 [534])“ (Beschluss des BVerwG vom 28.01.2009, 7 B 45.08, Rand-Nr. 20).

Gemäß Entscheidung des BVerwG vom 10.09.1998 (4 A 35/97) ist die Planfeststellungsbehörde im Rahmen der naturschutzrechtlichen Vorgaben nicht gehalten, allein naturschutzkonservierende Maßnahmen zu treffen. „Sie kann - um des naturschutznäheren Endziels willen - auch Maßnahmen ergreifen, die zunächst eine Beeinträchtigung des bestehenden naturhaften Zustandes darstellen, sich indes in der naturschutzfachlichen Gesamtbilanz als günstig erweisen“ (BVerwG vom 10.09.1998 – 4 A 35/97, Leitsatz 2).

In Anlehnung an die vorgenannten Entscheidungen des BVerwG kann somit im Einzelfall eine gesonderte Kompensation erforderlich werden, wenn ein durch eine

Ersatzmaßnahme bewirkter Eingriff in Natur und Landschaft nicht schon in der Gesamtbilanz kompensiert ist. Im Regelfall erweisen sich jedoch Kompensationsmaßnahmen in der naturschutzfachlichen Gesamtbilanz als günstig. Voraussetzung hierfür ist, dass für Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen nur solche Flächen herangezogen werden, die aufwertungsbedürftig und -fähig sind (vgl. ebd., Leitsatz 1) sowie die für die jeweilige Maßnahme erforderlichen Standortbedingungen (z. B. geeignetes Ausgangsbiotop) aufweisen.

7. Zu der Erläuterung im ersten Satz zu ** unter Tabelle 5 der Arbeitshilfe Schutzgut Boden wird folgende Klarstellung vorgenommen: „Je nach Ausgestaltung der Bodenentsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen ergibt sich eine weitere Kompensationsleistung bei den weiteren Naturgütern gemäß § 7 Abs. 1 Ziff. 2 BNatSchG und dem Landschaftsbild in unterschiedlicher Höhe.“

Dieses Schreiben wird inklusive Anlage entsprechend der VwV Re-StB-BW vom 01.07.2008 in die Liste der Regelwerke der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg im Inter- und Intranetangebot der Abteilung Landesstelle für Straßentechnik beim Regierungspräsidium Tübingen im Sachgebiet 12 „Umweltschutz“ eingestellt.

Die Regierungspräsidien werden gebeten, über Erfahrungen mit der Anwendung der Arbeitshilfe Schutzgut Boden bis zum 15. November 2016 zu berichten.

gez. Thomas Hoffmann